

Inhaltsverzeichnis

1. BlackRock	
2. Friedrich Merz	
3. Bayer	
4. BASF	
5. Allianz	
6. E.ON	
7. Jonathan Hill	
8. Atlantik-Brücke	
9. European Parliamentary Financial Services Forum	
10. Bruegel	
11. Eurofi	

BlackRock

Bleiben Sie auf dem Laufenden. Bestellen Sie jetzt den LobbyControl-Newsletter!

Die Firma **BlackRock** ist der größte Vermögensverwalter der Welt. Das Unternehmen verwaltet das Vermögen ihrer Kundinnen und Kunden von 6,84 Billionen US-Dollar (Stand: 30. Juni 2019).^[1] BlackRock gilt im Finanzsektor als eines der einflussreichsten Unternehmen und ist bei vielen großen Aktiengesellschaften als Großaktionär vertreten. Andere Börsenmanager halten BlackRock daher für extrem gefährlich, es wird in vielen Kreisen auch als sogenannte Schattenbank bezeichnet, da Vermögensverwalter nicht den Regeln traditioneller Banken unterliegen.

BlackRock, Inc.

Branche Finanzen
Hauptsitz New York, In Deutschland:
 1. Bockenheimer Landstrasse 2-4, OpernTurm Complex, 60306 Frankfurt/M
 2. Max-Joseph-Strasse 6, 80333 München

Lobbybüro Deutschland
Lobbybüro EU 35 Square de Meeus, Brussels 1000
Webadresse blackrock.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschichte	3
2 Organisationsstruktur und Personal	3
2.1 Undurchsichtige Eigentümerstrukturen	3
2.2 Wichtige Personen	3
2.3 Weltweit veriteter Großaktionär	4
3 Lobbystrategien und Einfluss	4
3.1 EU-Lobbying	4
3.2 Lobbyaktivitäten in Deutschland	4
4 Mitgliedschaften	5
5 Fallbeispiele und Kritik	5
5.1 EU-Berater für Nachhaltigkeitskriterien	5
5.2 Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa	5
5.3 Beratung des EU-Finanzsektors	5
5.4 Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“	6
5.5 Benoit Coeure Skandal	6
6 Weitere Informationen	6
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
8 Einzelnachweise	6

Geschichte

CEO Larry Fink gründete den Vermögensverwalter BlackRock 1988 mit acht Mitarbeitern als Tochter von Blackstone. 1992 wurde der Name BlackRock angenommen, das verwaltete Kapital lag zu diesem Zeitpunkt bereits bei 17 Milliarden, 1994 sogar bei 53 Milliarden Dollar.

- 1995 übernahm PNC Financial die Firma, heute liegt ihr Aktienanteil bei 21,3%.
- 1999 lag das verwaltete Kapital bei 165 Milliarden Dollar; 2004 waren es bereits 342 Milliarden Dollar.
- 2006 übernahm/fusionierte BlackRock mit Merrill Lynch Investment Managers (MLIF)
- 2009 übernahm BlackRock zudem Barclays Sparte „Barclays Global Investors“ (BGI) mit iShares, BlackRocks Version von ETFs, Investmentfonds, die ganze Aktienindexe nachbilden. ^[2]
- 2018 BlackRock führt sein erstes KI-Labor in Palo Alto ein, um den Einsatz künstlicher Intelligenz und verwandter Disziplinen - maschinelles Lernen, Datenwissenschaft, Verarbeitung natürlicher Sprache - zu beschleunigen, um die Ergebnisse zu verbessern und den Fortschritt für Investoren, Kunden und das Unternehmen voranzutreiben.
- 2019 hat BlackRock die BlackRock Retirement Solutions Group ins Leben gerufen. ^[3]

Inzwischen ist BlackRock mit 78 Standorten in über 30 Ländern der größte Vermögensverwalter der Welt, 35 davon in Nordamerika und 23 in Europa, die deutschen Standorte sind Frankfurt und München, ein weiterer wichtiger Standort für Lobbyarbeit ist Brüssel. ^{[4][5]} BlackRock beriet laut eigener Angaben bereits AIG, die griechische und irische Zentralbank, die Federal Reserve Bank of New York, das britische Finanzministerium und UBS, ist jedoch in Kontakt mit weitaus mehr Finanzinstituten wie der EZB oder der Deutschen Bank, bei der BlackRock gleichzeitig Großaktionär ist. ^{[6][7]} Größte Konkurrenten in ihrer Sparte sind Vanguard und State Street. Zum Abschluss des Jahres 2016 betrug das verwaltete Vermögen 5,15 Billionen Dollar, die ETF Sparte iShares macht dabei 25% dieser Summe aus. ^[8]

Organisationsstruktur und Personal

Undurchsichtige Eigentümerstrukturen

Laut Angaben der NASDAQ besteht die börsennotierte BlackRock AG zu 86 Prozent aus institutionellen Beteiligungen, größter Anteilseigner ist PNC mit ca. 25% aller institutionell gehaltenen Aktien, dies entspricht 21,3 % aller Anteile. ^[9] Die PNC Financial Services Group selbst ist auch börsennotiert, von der wiederum BlackRock, Vanguard, Wellington und State Street zu den größten Aktionären gehören. ^[10] Während PNC also in Abstimmungen großen Einfluss auf BlackRock ausüben könnte, unterliegt sie in ihren Leitlinien ebenfalls dem Stimmverhalten der Aktionäre, sodass BlackRock sich wiederum bei PNC, für die aus ihrer Sicht relevanten Themen, einsetzen kann. Dies lässt darauf schließen, dass sich die Eigentumsstrukturen von BlackRock im Kreis drehen. So kontrollieren sich die Vermögensverwaltungen selbst bzw. unterliegen eigentlich keiner Kontrolle.

Wichtige Personen

- Chairman und CEO: Laurence „Larry“ Fink ^[11]
- **Friedrich Merz**, CDU-Politiker und Kanzlerkandidat, war von März 2016 bis März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der *BlackRock Asset Management Deutschland AG* ^{[12][13]}

Weltweit vertretener Großaktionär

Laut einer Studie der Universität von Amsterdam sind von den insgesamt 3900 in den USA börsennotierten Firmen BlackRock, Vanguard und State Street zusammengezählt bei 1662 Firmen größte Anteilseigner. Dies entspricht einem Marktkapital von über 17 Billionen Dollar, an diesen Firmen hängen mehr als 23,5 Millionen Arbeitsplätze. Die drei großen Firmen sind bei 438 von 500 Unternehmen des S&P 500 Index, der die größten 500 Firmen der USA umfasst, größte Anteilseigner. Diese Firmen machen etwa 82% des gesamten Marktkapitals dieses Indexes aus.^[14]

BlackRock ist zudem an allen deutschen DAX-Unternehmen als Großaktionär beteiligt, bei acht der 30 topgesetzten Unternehmen ist es sogar größter Anteilseigner, dazu gehören zum Beispiel [Bayer](#), [BASF](#), [Allianz](#) und [E.ON](#). Der Gesamtwert dieser Anteile entspricht 59 Milliarden Euro.^[15]

Lobbystrategien und Einfluss

EU-Lobbying

Laut EU-Lobbyregister ist BlackRock inzwischen eines der Unternehmen mit den meisten Treffen ihrer Lobbyisten und Lobbyistinnen mit EU-Vertretungen. Die Gespräche drehen sich dabei vor allem um Finanzfragen.

- Dokumentierte Treffen: 33
- Die Ausgaben BlackRocks für EU-Lobbying lagen für das Jahr 2017 zwischen 1,25 und 1,5 Mio. Euro.
- BlackRock hat für diese Zwecke fünf akkreditierte Lobbyisten mit EU-Parlamentszugang.^[16]

BlackRock traf sich 2015 und 2016 zweimal mit dem damaligen Finanzkommissar [Jonathan Hill](#), der nach dem Brexit von [Valdis Dombrovskis](#) abgelöst wurde, mit dem das Unternehmen sich ebenfalls bereits zweimal traf. 2016 fanden allein 5 von 9 Treffen mit einem Teammitglied des Finanzkommissars oder [Dombrovskis](#) selbst statt, ein weiterer wichtiger Ansprechpartner war hier [Jan Ceysens](#), der speziell für die Verhältnisse zur EZB und anderen Banken verantwortlich ist.^[17] 2015 berichtete die *Financial Times*, BlackRock sei das Unternehmen mit den meisten Treffen (5) mit dem Team des Finanzkommissars gewesen.^[18] Die Public-Affairs-Agentur [Fleishman-Hillard](#) gibt zudem an, Zahlungen von BlackRock zu erhalten. Die Summe liegt zwischen 200.000 € und 299.000 €. ^[19]

Ein wichtiger Berater von BlackRock ist der britische Ex-Finanz- und Wirtschaftsminister [George Osborne](#), der für diesen Job jährlich 750.000 Euro erhält. Er war im Kabinett des Ex-Premierministers [David Cameron](#) und ist 2016 nach dem Brexit von seinem Posten zurückgetreten, seit März 2017 ist er Chefredakteur der größten Londoner Tageszeitung, des *London Evening Standard*.^[20]

Lobbyaktivitäten in Deutschland

Der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) war von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender der BlackRock Asset Management Deutschland AG. Mit Merz hatte BlackRock einen extrem weit vernetzten früheren CDU-Spitzenpolitiker in seinen Reihen, der lange Zeit Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) war.^[21]

Mitgliedschaften

BlackRock ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- Intergroup [Long Term Investment](#)
- [Bruegel](#)
- [Eurofi](#)
- [European Capital Markets Institute \(ECMI\)](#)
- [BVI Bundesverband Investment und Asset Management](#)

Fallbeispiele und Kritik

EU-Berater für Nachhaltigkeitskriterien

Black Rock wird 2020 offizieller Berater für Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union und erhält so direkten Zugang zur EU-Gesetzgebung.^[22] Die Bürgerbewegung Finanzwende hält diesen Schritt für hochproblematisch, weil BlackRock ein Geschäftsinteresse daran habe, die Sustainable Finance-Strategie zu verwässern.

Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa

Paulo Pena und Harald Schumann berichten in „Der Freitag“ ausführlich über die erfolgreichen Bemühungen von BlackRock, ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt („Pan-European Personal Pension“, abgekürzt „PEPP“) einzuführen, das keine gesetzliche Garantie auf das angesparte Kapital enthält.^[23] Die in Deutschland übliche Garantie soll entfallen. Vorgesehen sei lediglich ein „Qualitätssiegel“, mit dem die Finanzkonzerne in allen EU-Staaten gleichzeitig ihre Fonds als Altersvorsorge vermarkten können. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Lobbyaktivitäten des ehemaligen britischen Finanzministers George Osborne bei der EU-Kommission, der schon als Minister enge Kontakte zu BlackRock unterhielt und seit Februar 2017 offiziell als Lobbyist für den Konzern tätig ist.

Beratung des EU-Finanzsektors

Die Beratungsfirma BlackRock Solutions, Tochter der BlackRock Vermögensverwaltung wurde 2011 von der irischen Zentralbank beauftragt, Verlustrisiken zu prognostizieren und einen Stress-Test durchzuführen, kurz zuvor wurde das Bankensystem Irlands mit 85 Milliarden Euro gerettet. Hierfür erhielt das Unternehmen 30 Millionen Euro, für einen ähnlichen Job für die Bank Griechenlands erhielt die Firma 12,3 Millionen Euro. Auch für die zypriotische Bank arbeitete BlackRock Solutions an einer Evaluierung zu den Rekapitalisierungsbedürfnissen des zypriotischen Bankensektors.^[24] Bedeutsam für die Investment-Strategien BlackRocks war auch der Auftrag für die EZB, ihre Beratung für eins der größten anvisierten „quantitative Lockerung“-Programme zur Verfügung zu stellen, und das als größter Vermögensverwalter der Welt.^[25] Neben den lukrativen Aufträgen schien für BlackRock vor allem die dadurch gewonnenen Informationen von großem Wert, die so in Kalkulationen und Planungen zu Anlagestrategien eingingen. Martin Hellwig, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission und Leiter des Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter, hält es für grundsätzlich falsch, dass einem privaten Unternehmen eine hoheitliche Aufgabe anvertraut wird.^[26]

Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“

In den USA gibt es zur Regulierung des Schatten-Banken-Sektors bereits das Vorhaben, große Vermögensverwalter wie BlackRock als "systemrelevant für das Finanzsystem" einzustufen. Die Konzerne wären dann mit einer Art Gefahrenaufkleber versehen und besonderer Aufsicht unterworfen. BlackRock hat intensiv Lobbyismus betrieben, um einen solchen Gesetzentwurf zu stoppen. Neben den eigenen Lobbyisten beauftragte BlackRock zu diesem Zwecke auch die Lobbyagentur „Rich Feuer Anderson“, die dafür im Jahr 2016 320.000 Dollar erhielt.^[27] Mit Erfolg: Das Vorhaben wurde bislang nicht durchgesetzt. BlackRock rechtfertigte sich gegenüber der ZEIT, „um eine Systemkrise zu verhindern, sei ein Regulierungsansatz, der sich auf einzelne Anlageprodukte beziehe, besser geeignet als die Regulierung einzelner Unternehmen“..^[28]

Benoit Coeure Skandal

Der Franzose Benoit Coeure, seit 2011 Mitglied des Direktoriums der EZB, sprach im Mai 2015 auf einer Versammlung von Bänkern, Hedge Fond Managern und Vermögensverwaltern und gab dabei Insiderinformationen zu möglichen Anleihekäufen der EZB preis. Da die Veranstaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, hatten die anwesenden Manager erhebliche Vorteile und nutzten diese auch in ihren Investmentplanungen, wodurch der Wert des Euros sank und am Tag der medialen Publikation der Ereignisse noch einmal stark fiel.^[29] Für Coeure selbst gab es keine Konsequenzen, er behielt seinen Job bei der EZB, die selbst behauptete, dass ein Verfahrensfehler zur Veröffentlichung dieser Informationen geführt habe. In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass es bereits mehrere Treffen mit Vertretern großer Banken wie BNP Paribas, UBS, Goldman Sachs und auch BlackRock in Räumlichkeiten der EZB gab, kurz bevor wichtige Entscheidungen in der EZB gefällt wurden.^[30]

Weitere Informationen

- [BlackRocks Abstimmungsverhalten in der Rolle als Aktionär](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)[Newsletter](#)

Einzelnachweise

- ↑ #https://de.wikipedia.org/wiki/BlackRock#cite_note-3, wikipedia/BlackRock vom 17.04.2020, abgerufen am 17.04.2020
- ↑ BlackRock.com vom 16.04.2020, abgerufen am 17.04.2020<https://www.blackrock.com/corporate/about-us/blackrock-history>
- ↑ BlackRock.com vom 16.04.2020, abgerufen am 17.04.2020<https://www.blackrock.com/corporate/about-us/blackrock-history>
- ↑ BlackRock: *Global Impact*, BlackRock.com vom 31.03.2015, abgerufen am 17.04.2020
- ↑ BlackRock: *Contacts and Locations*, BlackRock.com vom 31.12.2016, abgerufen am 29.04.2020
- ↑ BlackRock: *Global Impact*, BlackRock.com vom 31.03.2015, abgerufen am 17.04.2020

7. ↑ [BlackRock: Überall die Finger drin](#), Süddeutsche.de vom 02.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
8. ↑ https://s24.q4cdn.com/856567660/files/doc_financials/2020/Q1/BLK-1Q20-Earnings-Release.pdf, BlackRock.com vom 31.03.2020, abgerufen am 17.04.2020
9. ↑ [NASDAQ: BlackRock-Aktionäre](#), Nasdaq.com vom 21.04.2017, kann zur Zeit nicht abgerufen werden, Seite im Umbau, abgerufen am 17.04.2020
10. ↑ [NASDAQ: PNC-Aktionäre](#), Nasdaq.com vom 21.04.2017, kann zur Zeit nicht abgerufen werden, Seite im Umbau, abgerufen am 17.04.2020
11. ↑ [BlackRock: Leadership](#), BlackRock.com vom 17.04.2020, abgerufen am 17.04.2020
12. ↑ [Ehemaliger CDU-Spitzenmann Merz geht zu Blackrock](#), FAZ.net vom 17.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
13. ↑ <https://www.friedrich-merz.de/persoенliche-erklaerung-zum-aufsichtsratsvorsitz-von-blackrock/>, friedrich-merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 17.04.2020
14. ↑ [Hidden power of the Big Three? Passive index funds, re-concentration of corporate ownership, and new financial risk](#) SSRN.com vom 23.06.2016, abgerufen am 17.04.2020
15. ↑ [So viele Anteile hält BlackRock an deutschen Firmen](#), welt.de, abgerufen am 17.04.2020
16. ↑ [BlackRock: Daten EU-Lobbying](#), Lobbyfacts.com vom 26.04.2019, abgerufen am 17.04.2020
17. ↑ https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/dombrovskis_en#team, EU- Website, zuletzt abgerufen am 29.04.2020
18. ↑ [BlackRock steps up lobbying of the European Commission](#), Financial Times.com vom 22.11.2015, abgerufen am 29.04.2020
19. ↑ [Fleishman-Hillard: Daten EU-Lobbying](#), Lobbyfacts.com vom 20.07.2016, abgerufen am 29.04.2020
20. ↑ [Journalisten als Polit-Cheerleader](#), Taz.de vom 30.03.2017, abgerufen am 17.04.2020
21. ↑ [Friedrich Merz wird Kontrollchef](#), N-tv.de vom 18.01.2016, abgerufen am 17.04.2020
22. ↑ [Den Bock zum Gärtner](#), finanzwende.de vom 21.04.2020, abgerufen am 29.04.2020
23. ↑ [Achtung, Rentenfresser](#), freitag.de Ausgabe 26/2018, abgerufen am 17.04.2020
24. ↑ [Troika consultancies: A multi-million euro business beyond scrutiny](#), EUobserver.com vom 16.12.2013, abgerufen am 17.04.2020
25. ↑ [BlackRock spreads its Tentacles in Brussels](#), Wolfstreet.com vom 28.11.2015, abgerufen am 17.04.2020
26. ↑ [BlackRock prüft Banken, an denen es selbst Anteile besitzt](#), tagesspiegel.de vom 23.05.2018, abgerufen am 17.04.2020
27. ↑ [Specific Issue Reports by BlackRock](#), abgerufen auf Opensecrets.org am 17.04.2020
28. ↑ [Der 4-Billionen-Dollar-Mann](#), Zeit.de vom 27.08.2015, abgerufen am 17.04.2020
29. ↑ [Benoît Cœuré speech highlights central bank links to financiers](#), Financial Times.com vom 21.05.2015, abgerufen am 17.04.2020
30. ↑ [ECB officials met bankers before key decisions](#), Financial Times.com vom 02.11.2015, abgerufen am 17.04.2020

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), Wirtschaftsanwalt, Top-Lobbyist und CDU-Politiker, ist in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. Er gilt als Finanz- und Wirtschaftsexperte mit wertvollen Kontakten in Politik und Wirtschaft.^[1] So ist Merz unter anderem Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Vorstandsvorsitzender der Stiftung [Atlantik-Brücke](#).^[3] Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)^[4] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte.^[5]

Weiterhin betätigt er sich als Senior Counsel der Wirtschaftskanzlei Mayer Brown LLP^[6], die auf ihrer Webseite auch den Tätigkeitsbereich Lobbyismus anbietet.^[7] Er war Gründungsmitglied des Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der [Trilaterale Kommission](#). Im November 2017 berief ihn die Landesregierung NRW zudem zum *Brexit-Beauftragten* des Landes. Die Beratung der Wirtschaft zum Brexit gehört zum Leistungsangebot der Wirtschaftskanzlei Mayer Brown LLP, in der Merz aktiv ist.^[8]

Nach seiner Niederlage bei der Kandidatur als Nachfolger für Angela Merkel für den Parteivorsitz der CDU im Dezember 2018 wurde er im Januar 2019 als weiteres Mitglied der CDU-Kommission zur sozialen Marktwirtschaft benannt, einem Expertenkreis aus Vertreter*innen der Wirtschaft und Wissenschaft.^[9] Seit Februar 2020 ist Merz als Kandidat für den Parteivorsitz der CDU im Gespräch. In diesem Zusammenhang hat Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020 beendet.^{[10][11]}

Inhaltsverzeichnis

1 Politische Karriere, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	9
1.1 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	9
1.2 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	9
1.3 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	10
1.4 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	10
1.5 2010: Position zum Atomausstieg	10
1.6 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	10
2 Verbindungen	11
3 Karriere	11
4 Zitate von Friedrich Merz	12
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
6 Einzelnachweise	13

Politische Karriere, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

Friedrich Merz war vor seiner politischen Karriere für den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) tätig. Der VCI pflegte lange Zeit eine strategische Personalpolitik: Aufstrebende Leute mit politischen Ambitionen sollten eine Zeitlang im Lobbybereich des VCI arbeiten, bevor sie in die Politik wechselten. Auch der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl war in den 1960er Jahren beim VCI tätig, bevor seine große politische Karriere begann.

Von 1989 bis 1994 war Merz Mitglied des Europäischen Parlaments, von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1996 bis 1998 war er CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss, 2000 - 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und 2002 - 2002 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im Dezember 2004 trat er von diesem Amt zurück.

Wie schwimmend die Grenzen zwischen politischer Tätigkeit und unternehmerischen Posten waren, zeigte sich zum Beispiel, als Merz im Frühjahr 2006 auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auftrat. ([LobbyControl berichtete](#)).^[12]

Merz selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß Merz in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro.^[13]

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Seit 2006 sitzt Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugerherstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging.^[14] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag.^[15]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz ist seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#).^[16] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#), gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[17] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[18] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[19] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[20] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[21][22]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den EADS-Manager Thomas Enders als Vorsitzender der Atlantik-Brücke ab.^[23] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[24]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[25] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Finzen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[26] 2019 gibt Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[27]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzernen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[28]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Merz, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[29], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[30]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[31]

Verbindungen

Friedrich Merz wurde 2005 in die CDU-interne Männer-Seilschaft *Andenpakt* aufgenommen, in der beispielsweise auch der ehemalige hessische Ministerpräsident [Roland Koch](#), Ex-Bundespräsident Christian Wulff und der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung Mitglied waren oder sind.^[32]

Karriere

Partei

- 2018 Erfolgreiche Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (Merz verlor die Wahl gegenüber Annegret Kramp-Karrenbauer mit 48,25 % der Stimmen im zweiten Wahlgang)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommission "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002–2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2000–2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998–2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Staatliche Mandate und Ämter

- Seit 11/2017 *Brexit-Beauftragter* des Landes NRW^[33]
- 1994–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989–1994 Mitglied des EU-Parlaments
- 1985–1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (siehe auch "Weitere Funktionen")

- 2016-03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock](#) Deutschland
- 2009-2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- Seit 02/2014 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- 2005-02/2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002–2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner
- Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. ZB. für: [KPMG](#), Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeleiderer AG, Piper Verlag GmbH.
- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986–1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt

Weitere Funktionen

- [Wirtschaftsrat der CDU](#), Vizepräsident
- Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU und CSU (frühere Bezeichnung: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung), Ständiger Gast im Bundesvorstand
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied
- [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des "Politischen Beirats" der "Kommission Steuergesetzbuch"
- United Europe, Mitglied des Vorstands
- Aufsichtsrat: Flughafen Köln/Bonn GmbH, Vorsitzender; Mitglied; WEPA Industrieholding SE, Vorsitzender
- Verwaltungsrat: HSCB Trinkhaus & Burkhardt, Vorsitzender; Stadler Rail AG, Mitglied (Mandat endete im März 2020)

(Stand: 02/2020)

Frühere Funktionen

Laut veröffentlichungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz damals die folgenden weiteren Funktionen: AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats), [BASF Antwerpen N.V.](#) (Mitglied des Verwaltungsrats), [Commerzbank](#) (Mitglied des zentralen Beirats), [DBV-Winterthur Holding](#) (Mitglied des Aufsichtsrats), [Interserhoh AG](#) (Mitglied des Aufsichtsrats), [IVG Immobilien AG](#) (Mitglied des Aufsichtsrats), [Stadler Rail AG](#), [Bussnang/Schweiz](#) (Mitglied des Verwaltungsrats), [WEPA Industrieholding SE](#) (Mitglied des Aufsichtsrats), [Council on Public Policy](#) (Mitglied des Kuratoriums), [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (Stellv. Vorsitzender), [Industrie-Pensionsverein IVP](#) (Mitglied des Verwaltungsrats).^[34] Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Zitate von Friedrich Merz

„Von den ersten 200.000 Anträgen auf Elterngeld kamen neun Prozent von berufstätigen Frauen, 54 Prozent von Hartz-IV-Empfängern. Die haben damit Einkünfte über denen arbeitender Geringverdiener.“

„Kindergärten brauchen wie Schulen und Universitäten eine eigene Kapitalbasis. Da müssen Eltern und Ehemalige eben entsprechend einzahlen, wenn sie die Qualität sichern und erhalten wollen.“

„160 Länder weltweit dürfen sich Sozialstaaten nennen, wir gehören zu den vieren, die lebenslänglich für Arbeitslosigkeit zahlen“^[35]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Was Friedrich Merz bei Blackrock macht](#), sz.de vom 30.10.2018, abgerufen am 28.04.2020
2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [Vorstandsvorsitz Friedrich Merz](#), atlantik-bruecke.de, abgerufen am 28.04.2020
4. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
5. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020
6. ↑ [Friedrich Merz Tätigkeit bei Mayer Brown](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
7. ↑ [Public Policy Regulatory political law](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
8. ↑ [Brexit The UK and the EU](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
9. ↑ [Friedrich Merz wird wieder CDU-Finanzexperte](#), zeit.de vom 10.01.2019, abgerufen am 20.04.2020
10. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
11. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
12. ↑ [Merz tritt als RAG-Anwalt auf](#), KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
13. ↑ [Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz](#), manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
14. ↑ [Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln](#), merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
15. ↑ [Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär](#), blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
16. ↑ [Merz Vorsitz des Verwaltungsrats](#), about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
17. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf](#), spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
18. ↑ [Die vielen Geschäfte des Herrn Merz](#), handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
19. ↑ [Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock](#), spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
20. ↑ [Merz bestreitet Interessenkonflikte](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
21. ↑ [Der Gegenspieler Friedrich Merz](#), general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
22. ↑ [Lehrmonate einer Landesregierung](#), rp-online.de vom 29.11.2017, abgerufen am 09.11.2018
23. ↑ [Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke](#), Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020
24. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
25. ↑ [Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke](#), Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
26. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
27. ↑ [Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf](#), spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
28. ↑ [Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an](#) FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
29. ↑ [Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter](#), spiegel.de, 14. April 2020
30. ↑ [Streit um Nebeneinkünfte](#), handelsblatt.de, 14. April 2020
31. ↑ [Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007](#)
32. ↑ ["Anden-Pakt" nimmt Friedrich Merz auf](#) Spiegel.de vom 03.11.2005, abgerufen am 14.04.2020
33. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020

34. ↑ Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags, werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
35. ↑ Friedrich Merz lässt es krachen Der Westen vom 22. Juni 2010, abgerufen am 15. September 2010.

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von **Monsanto** im Juni 2018 ist Bayer zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Bayer wird den Namen Monsanto nicht fortführen.

Bayer AG	
Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich	Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum	1863
Hauptsitz	Leverkusen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	14
1.1 Transparenz	15
1.2 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	15
2 Fallbeispiele und Kritik	15
2.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	15
2.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	16
2.3 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	16
2.4 Lobbyisten in Ministerien	16
3 Struktur und Geschäftsfelder	17
3.1 Tätigkeitsgebiete	17
4 Kurzdarstellung und Geschichte	17
5 Weiterführende Informationen	17
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
7 Einzelnachweise	17

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Für die Lobbyarbeit unterhält Bayer Verbindungsbüros in Berlin, Brüssel, Washington, Moskau, Brasilia und Peking. Veröffentlicht werden Angaben zu Kosten, Mitarbeiterzahl und sonstigen im jeweiligen Land gesetzlich vorgeschriebenen Daten, wie z. B. in den Transparenzregistern der EU oder des US-Kongresses. Nach eigenen Angaben geht Bayer weit über die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben hinaus und veröffentlicht auch Daten für Länder wie etwa Deutschland, in denen keine gesetzliche Publizitätspflicht besteht.^[3] 2018 beliefen sich die Kosten für die Verbindungsbüros (ohne das erworbene Agrargeschäft) in Berlin auf 1,31 Mio. Euro, in Brüssel auf 3,3 Mio. Euro, in Washington auf 7 Mio. Euro, in Moskau auf 0,33 Mio. Euro, in Moskau auf 0,35 Mio. Euro und in Peking auf 0,98 Mio. Euro. Im Berichtsjahr hat Bayer nach eigenen Angaben keine direkten Spenden an politische Parteien, Politiker oder Kandidaten für ein politisches Amt geleistet.

Ein Mitarbeiter von Bayer Crop Science ist Mitglied in der Kommission "Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände" des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR). (Stand: März 2019)^[4]

Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[5] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält.

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#), dem neben Glyphosat-Herstellern auch der [Deutsche Bauernverband](#) angehört. Vorstandsvorsitzender des Forums ist Bauernverbandspräsident [Joachim Rukwied](#) (Stand: Juli 2018)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- [Forum für Zukunftsenergien](#)
- [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC)
- [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations](#) (EFPIA)
- [World Energy Council](#)
- [Humboldt Forum for Food and Agriculture](#)

Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[6] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[7]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[8] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[9]

Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[9] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[10]

Lobbyisten in Ministerien

- [Lobbyist im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)

Struktur und Geschäftsfelder

Tätigkeitsgebiete

- Bayer Health Care (Arzneimittel und medizinische Produkte)
- Bayer CropScience (Pflanzenschutz, Saatgut, Schädlingsbekämpfung im nicht-landwirtschaftlichen Bereich)
- Bayer Material Science (hochwertige Polymer-Werkstoffe)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Bayer AG ist die Holding-Gesellschaft des 1883 gegründeten Unternehmens, das 1925 in der I.G. Farben aufging. 1950 wurde das Unternehmen neu aufgebaut. 2005 wurden im Zuge der Neuorganisation des Bayer-Konzerns die meisten der Chemie- und ca. ein Drittel der Kunststoffaktivitäten ausgegliedert und in den neu gegründeten **Lanxess**-Konzern überführt.

2002 erhielt die Bayer AG den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. bekam das Unternehmen den Preis weil Auszubildende einem Drogentest unterzogen werden sollten.^[11]

Weiterführende Informationen

- Die Webseite des Vereins [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#) bietet viele Informationen über die Geschäftspolitik des Konzerns.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [Unsere politischen Grundsätze und Positionen](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
4. ↑ [Mitglieder der BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände](#) Webseite BfR, abgerufen am 12.03.2019
5. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
6. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
7. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
8. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020

9. ↑ ^{9,09,1} [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
10. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
11. ↑ [bigbrotherawards.de](#)Preisträger 2002, abgerufen am 09.05.2017

BASF

BASF ist der nach Umsatz und Marktkapitalisierung derzeit weltweit größte Chemiekonzern. (Stand 2012)

BASF SE

BASF

The Chemical Company

Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	19
2 Fallbeispiele und Kritik	19
2.1 2016: Wahlkampffinanzierung USA	19
2.2 2012: Das Bienensterben	19
2.3 Lobbyisten in Ministerien	20
3 Weiterführende Informationen	20
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
5 Einzelnachweise	20

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

- BASF ist mit allen relevanten Lobbyverbänden strategisch vernetzt. Während der Entstehung der **europäischen Chemikalienrichtlinie REACH** leiteten Vorstände der BASF zugleich den mächtigen [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#), den deutschen [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#) sowie den einflussreichen europäischen Arbeitgeberverband [BusinessEurope](#). Auch in weiteren einflussreichen Verbänden wie dem [Transatlantic Business Dialogue \(TABD\)](#), dem [Transatlantic Policy Network \(TPN\)](#) oder dem [European Roundtable of Industrialists \(ERT\)](#) zählt die BASF zu den Mitgliedern. Daneben betreibt BASF auch ein eigenes Lobbybüro in Brüssel mit 20 MitarbeiterInnen.
- 2 Mitarbeiterinnen von BASF sind Mitglied in der Kommission "Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände" des [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#).^[1]

Fallbeispiele und Kritik

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte.^[2]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der **EU-Kommission** zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins **[[Bundeswirtschaftsministerium]** - und trat im **Europaparlament** als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Laut dem freiwilligen [Lobbyregister](#) der EU investiert BASF jährlich etwa 2,3 Millionen Euro in direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen, diese Zahlen standen zumindest für Geschäftsjahre 2012 und 2015 im Register.^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitglieder der BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände](#) Webseite BfR, abgerufen am 02.06.2015
2. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
3. ↑ [BASF im EU-Lobbyregister, aktuell](#), [Archivierter Auszug 2013](#), [Archivierter Auszug 2015](#)

Allianz

Die **Allianz** ist ein Versicherungskonzern, der sich weltweit als Finanzdienstleister betätigt. Dachgesellschaft der Allianz Gruppe ist die Allianz SE.

Allianz SE



Branche Versicherungen und
Finanzdienstleistungen
Hauptsitz Königinstraße 28, 80802 München
Lobbybür
o
Deutschla
nd
Lobbybür Allianz SE, European Affairs Office
o **EU** Bruxelles, Avenue des Arts 27, B -
1040 Bruxelles
Webadres allianz.com
se

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	21
1.1 Public Private Partnership (PPP)	21
1.2 Seitenwechsler	22
1.3 Verbandsmitgliedschaften	22
1.4 Lobbyausgaben	22
2 Organisationsstruktur und Personal	23
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
4 Einzelnachweise	23

Lobbystrategien und Einfluss

Public Private Partnership (PPP)

Die Allianz hatte einen Vertreter, Mitglied des Vorstands Helga Jung, in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership \(PPP\)](#)) zu fördern.

Seitenwechsler

Die Allianz setzt bei ihrer Lobbyarbeit vermehrt auf ehemalige Top-Politiker:

- Im November 2014 wurde bekannt, dass der ehemalige britische Labour-Abgeordnete im **EU-Parlament** **Peter Skinner** Lobbyist bei der Allianz SE wird. Skinner war vor allem im **Ausschuss für Wirtschaft und Währung** (ECON) tätig. Dort war er federführend an der europäischen Regulierung des Versicherungswesens beteiligt. Skinner wechselte in die Branche, für die er jahrelang die Rahmenbedingungen mit geschaffen hatte. Gegenüber LobbyControl erklärte die Allianz, mit Skinner sei vereinbart worden, dass er ein Jahr lang keinen Kontakt zur **EU-Kommission** oder dem **EU-Parlament** aufnehmen darf.^[1]
- Der ehemalige Bundesgesundheitsminister **Daniel Bahr** arbeitet seit dem 1. November 2014 als Generalbevollmächtigter für die "Allianz Private Krankenversicherung".^[2] In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung nahm Bahr dazu Stellung.^[3] Zum 1. Januar 2017 ist er in den Vorstand aufgerückt.^[4]
- Bis Januar 2014 war **Birgit Grundmann** Beamtete Staatssekretärin und damit "Amtschefin" im **Bundesjustizministerium**. Sie wurde im September 2014 "Vorstandsbevollmächtigte Politik und Verbände" und damit Cheflobbyistin bei der Allianz Deutschland AG. Ende 2015 hat sie die Allianz wieder verlassen.^[5]

Verbandsmitgliedschaften

Die Allianz ist laut EU-Transparenzregister^[6] Mitglied der folgenden Organisationen:

- **Geneva Association** (GA)
- **Insurance Europe** (CEA)
- **Pan-European Insurance Forum** (PEIF)
- **Chief Financial Officers Forum** (CFO-Forum)
- **Chief Risk Officers Foru** (CRO-Forum)
- **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft** (GDV)
- **Italian Insurance Association** (ANIA)
- **European Financial Services Roundtable** (EFR)
- **European Fund and Asset Managers Association** (EFAMA)
- **Forum of European Fund Managers** (FEAM)
- **Eurofi**
- **ICI Global**

Lobbyausgaben

Laut **EU-Transparenzregister** hat die Allianz SE im Geschäftsjahr 2014 zwischen 1,5 und 1,75 Mio. € und 300.000€ für direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben.

In Deutschland gehört die Allianz zu den größten Parteispendern. Seit dem Jahr 2000 spendete der Konzern insgesamt 4.522.683,8 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Summe verteilt sich auf die Parteien wie folgt:

Empfänger	Betrag in Euro
CDU	1.043.959,5
CSU	881.701,5
FDP	797.491,8
SPD	1.018.395
Grüne	781.136

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Organisationsstruktur und Personal

- Vorstandsvorsitzender ist seit Mai 2015 [Oliver Bäte](#).^[7]
- Vorsitzender des Aufsichtsrats ist [Helmut Perlet](#).^[8]
- Der **Gemeinsame Beirat der Allianz-Gesellschaften** setzt sich laut Geschäftsbericht 2015^[9] auf folgenden Personen zusammen: Helmut Perlet (Allianz), Kurt Bock ([BASF](#)), Thomas Enders (Airbus Group), Franz Fehrenbach (Bosch), [Rüdiger Grube](#) ([Deutsche Bahn](#)), Herbert Heiner ([Adidas](#)), Jürgen Heraeus (Heraeus Holding), [Dieter Hundt](#) (Allgaier Werke), [Wolfgang Ischinger](#) (Münchner Sicherheitskonferenz), [Hans-Peter Keitel](#) ([BDI](#)), Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf), Thomas Rabe ([Bertelsmann](#)), Norbert Reithofer ([BMW](#)), Harry Roels, Kasper Rorsted (Henkel), Manfred Schneider ([RWE](#)), [Dennis Snower](#) ([Institut für Weltwirtschaft](#)), Peter Terium ([RWE](#)), Heinrich Weiss (SMS Holding), Manfred Wennemer

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Allianz holt Ex-Versicherungsregulierer als Lobbyisten](#) LobbyControl vom 25. November 2014, abgerufen am 25.11.2014
- ↑ [Pressemeldung des Allianz-Konzerns](#), abgerufen am 29.09.2014
- ↑ [Sueddeutsche.de: Ex-Gesundheitsminister Bahr wird Allianz-Vorstand](#), abgerufen am 29.09.2014
- ↑ [Daniel Bahr rückt in den Vorstand auf](#), 15.12.2016, allianzdeutschland.de, abgerufen am 16.06.2017
- ↑ [Grundmann hat die Allianz verlassen](#) politik&kommunikation vom 25.01.2016, abgerufen am 12.05.2016
- ↑ [Eintrag der Allianz SE beim EU-Transparenzregister](#), Abgerufen am 11.05.2016
- ↑ [Vorstand der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016
- ↑ [Aufsichtsrat der Allianz](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016
- ↑ [Geschäftsbericht 2015](#), allianz.com, abgerufen am 11.05.2016

E.ON

E.ON

E.ON ist Deutschlands größter Energiekonzern. Er ist im Jahr 2000 aus einer Fusion der Mischkonzerne Viag und VEBA entstanden. Der Unternehmenssitz ist Düsseldorf. Von allen deutschen Energiekonzernen betreibt E.ON die meisten Atomkraftwerke.^[1] 2014 gab der Konzern bekannt, sein Geschäft mit konventioneller Energieerzeugung abzugeben und sich stattdessen auf erneuerbare Energien zu konzentrieren.^[2]

Konzernumbau 2019/2020: E.ON und RWE vereinbarten, die frühere RWE-Tochter Innogy untereinander aufzuteilen. RWE erhält die erneuerbaren Energien sowohl von Innogy als auch von E.ON. E.ON behält die Sparten Netze und Vertrieb.^{[3][4]}

E.ON	
Rechtsform	Aktiengesellschaft (AG)
Tätigkeitsbereich	Energiebranche
Gründungsdatum	16. Juni 2000
Hauptsitz	Brüsseler Platz 1 45131 Essen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenberg 60 1000 Brüssel
Webadresse	eon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	24
2 Fallbeispiele und Kritik	25
2.1 Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen	25
2.2 Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen	26
2.3 Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht	27
2.4 Lobbyisten in Ministerien	27
3 Organisationsstruktur und Personal	27
3.1 Der Vorstand	27
3.2 Lobbyisten	28
4 Weiterführende Informationen	28
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
6 Einzelnachweise	28

Lobbystrategien und Einfluss

Der Konzern kann auf gute Kontakte zur Politik bauen. Sowohl während der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009-2013 als auch während der aktuellen großen Koalition gehörte E.ON-Chef Johannes Teysen zu den Personen, die sich am häufigsten mit Deutschen Spitzenpolitikern trafen.^{[5][6]}

E.ON stiftete für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist [Bruno Thomauske](#), Professor für das Fach "Nuklearer Brennstoffkreislauf". Früher war er bei [Vattenfall](#) - heute liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.^[7]

E.ON hat das Recht, einen Vertreter in den Verwaltungsbeirat des [Energiewirtschaftlichen Instituts](#) zu entsenden.

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister der EU](#) hat E.ON im Geschäftsjahr 2017 über 800.000€ für die Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben.^[8]

Fallbeispiele und Kritik

Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen

Walter Hohlefelder und Gerald Hennenhöfer

In den verschiedenen Debatten um die Zukunft der deutschen Atomkraft war E.ON stets an höchster Stelle beteiligt. Den rot-grünen „Atomausstieg“ verhandelten im Jahr 2000 für E.ON u.a. Walter Hohlefelder und Gerald Hennenhöfer - zwei Personen, die zuvor hintereinander die Abteilung „Reaktorsicherheit“ im Bundesumweltministerium geleitet hatten. Beide wechselten von der Position als "Deutschlands oberster Atomaufseher"^[9] in führende Posten der Vorgängerkonzerne von E.ON. Auf staatlicher Seite verhandelte Alfred Tacke, der wiederum später in die Energiewirtschaft wechselte (siehe unten). Das Ergebnis war ein Vertrag, der von Hohlefelder und Hennenhöfer federführend mitgeschrieben und von den Bundestagsabgeordneten nur noch abgenickt wurde.^[10]

Hennenhöfer wechselte 2009 unter viel Kritik abermals die Seiten und kehrte in das Umweltministerium unter Norbert Röttgen zurück. Die Deutsche Umwelthilfe sah darin einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Vorschriften,^[11] da die Atomaufsicht nun von einem Atomlobbyisten geleitet wurde. Ein SPD-Politiker äußerte Befürchtungen, dass die Personalie eine "Entscheidung zur ungebremsten Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke" darstelle und die Stromkonzerne nun keine staatlichen Sicherheitsbedenken mehr zu fürchten hätten.^[12] Tatsächlich setzte der ehemalige E.ON-Manager den Weiterbetrieb des Kraftwerks in Grafenrheinfeld durch, obwohl dort Gefahr durch einen Riss an einem Druckbehälter drohte.^[13] Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen aushandelte, war Hennenhöfer ohne das Wissen seines Ministers maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt. Im Ausschuss, der sich mit den Schadensersatzklagen im Zuge des Atomausstiegs beschäftigte, wurde Hennenhöfer vorgeworfen, absichtlich rechtsfehlerhafte Begründungen für die Abschaltung von Atomkraftwerken durchgesetzt zu haben. So ignorierte er einen detaillierten Entwurf und leitete nur eine kurze Begründung an die Bundesländer weiter, auf deren Grundlage die Konzerne später Klagen einreichten.^[14]

Werner Müller und Alfred Tacke

2002 strebte E.ON die Übernahme des größten deutschen Gaskonzerns Ruhrgas AG an. Zunächst hatten Bundeskartellamt und Monopolkommission die Übernahme untersagt - es wurde ein Monopol im Gasgeschäft befürchtet. Doch das Wirtschaftsministerium setzte sich per Ministererlaubnis darüber hinweg. Da Wirtschaftsminister Werner Müller sich für befangen erklärte - er hatte zuvor für die E.ON-Vorgängerin Veba gearbeitet - überließ er seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Entscheidung.^[15] Trotz heftiger Kritik wurde die "Ministererlaubnis" daraufhin erteilt. Tacke wechselte kurz nach dem Vorfall zu Gunsten von E.ON in den Vorstand der STEAG, einer Tochter der RAG AG, deren größter Aktionär zum damaligen Zeitpunkt E.ON war. Müller erhielt Mitte 2003 den Vorstandsvorsitz der RAG. Außerdem wurde später bekannt, dass er schon während seiner Amtszeit Rentenbezüge von E.ON erhielt.^[16]

Manfred Overhaus

2004 holte Werner Müller den ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater für Subventionsfragen zur RAG AG. Über eine Tochtergesellschaft erhält das Unternehmen Milliarden an öffentlichen Hilfen vom Staat. Als Regierungsbeamter hatte sich Overhaus zuvor vehement gegen staatliche Subventionen eingesetzt.^[17]

Joachim Lang

Auch der Cheflobbyist der Berliner E.ON-Repräsentanz, Joachim Lang, kam aus der Politik, als er 2007 zu E.ON wechselte: Er arbeitete 2006/2007 als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter von Norbert Röttgen, dem damaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion im Bundestag und späteren Umweltminister.^[18]

Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen

Wie die *Tageszeitung* aufdeckte, versuchte E.ON gemeinsam mit anderen Energiekonzernen ab 2008 mit einer massiven Lobbykampagne Stimmung gegen den rot-grünen Atomkonsens zu erzeugen. Das Deutsche Atomforum, ein Zusammenschluss der Betreiber der deutschen Atomkraftwerke RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON, hatte die Lobbyagentur *Deekeling Arndt Advisors* beauftragt, bis zur Bundestagswahl 2009 einen Meinungsumschwung für die Atomkraft in Deutschland zu erreichen. Unter dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland" sollte eine Grundstimmung gegen die Begrenzung von Laufzeiten für Atomkraftwerke aufgebaut werden.^{[19][20]}

Die gewählten Strategien beinhalteten unter anderem:

- *Medienoffensive*: Platzierung der Botschaften in den wichtigsten Tageszeitungen; Verhinderung atomkritischer Berichterstattung; Zielgruppengespräche mit und Pressereisen für Journalisten
- *Expertenmeinungen*: Pro-Kernkraft-Thesen sollten in Interviews von meinungsstarken Dritt-Akteuren vertreten werden. Der Historiker Arnulf Baring dozierte bei einer Atomveranstaltung als scheinbar unparteiischer Gastredner - obwohl er von DAD beauftragt und die Rede inhaltlich von der Agentur vorbereitet wurde. Sein Vortrag wurde anschließend in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* platziert. Weiterhin wurde versucht, auf Informationsveranstaltungen Einfluss auf Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften zu nehmen.
- *Studien*: Joachim Schwalbach, Ökonomie-Professor der Berliner Humboldt-Universität, wurde mit der Studie "Gesellschaftsrendite der Kernenergie" im Umfang von 135.000 € beauftragt. Diese sollte vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam in den Medien platziert werden. Laut Aussage Schwalbachs wurde diese jedoch nie veröffentlicht, da er "nicht bereit war, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben."^[21]
- *Erschließung neuer Zielgruppen*: Besonders Frauen und die "Junge Avantgarde" sollten durch die Kampagne angesprochen werden. So wurde die Organisation *Women in Nuclear* unterstützt, vergeblich versucht, Anzeigen in Frauenzeitschriften zu platzieren und eine "Verjüngung" und "Modernisierung" der Debatte um Atomkraft angestrebt.

Im Sommer 2010 erhöhte die Lobby den Druck auf die Bundesregierung mit der Anzeigenkampagne "Energiepolitischer Appell".^[22] Unter Leitung des BDI unterschrieben zahlreiche Wirtschaftsführer, wie etwa E.ON-Chef Johannes Teyssen, einen Appell, der die Koalition aus Union und FDP von der Notwendigkeit der Atomenergie überzeugen sollte. Wegen der geplanten Einführung einer Brennelementesteuer drohten die Energiekonzerne sogar mit einer sofortigen Abschaltung der Kernreaktoren.^[23]

Ende 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung schließlich die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Verhandlungen wurden als undemokratisch kritisiert, da sie im Geheimen und nur mit den Vertretern der vier großen Energiekonzerne stattfanden.^[24] Erst nach massivem Druck bekam die

Öffentlichkeit das Ergebnis der Absprachen zu sehen. Erst dann wurde sichtbar, dass der Vertrag die Interessen der Atomkonzerne weitreichend schützte.^[25] Die Bewertung der Vor- und Nachteile längerer Atomlaufzeiten stützte sich auf eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie. Diese wurde von [Marc Oliver Bettzüge](#) durchgeführt, Inhaber einer Stiftungsprofessur an der Universität Köln. Finanziert wird seine Professur durch einen Verband der deutschen Energiekonzerne, dessen Vizepräsident, E.ON-Chef Johannes Teyssen, sich für längere Kernkraftlaufzeiten eingesetzt hatte.^[26]

Der massive Lobbyeinsatz zahlte sich am Ende für E.ON nicht aus. Die Atomkatastrophe von Fukushima und der nachfolgende öffentliche Druck führten im Sommer 2011 zum Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung. Mehrere Klagen der Atomkonzerne waren die Folge. E.ON-Chef Johannes Teyssen und RWE-Chef Peter Terium schlugen im Februar 2014 vor, die Atomkraftwerke gleich einer "Bad Bank" in eine öffentliche Stiftung zu überführen.^[27] Kritiker befürchten, dass nach diesem Modell, das Werner Müller im Mai 2015 noch einmal zur Diskussion brachte,^[28] am Ende die Steuerzahler für die "Ewigkeitskosten" haften.

Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht

Im August 2015 verklagte E.ON das Königreich Spanien vor einem privaten Schiedsgericht.^[29] Die Eurokrise hatte Spanien zu massiven Haushaltseinsparungen gezwungen, infolge derer 2011 die Subventionen für Ökostrom gesenkt werden mussten. Obwohl sich E.ON bereits zuvor aus Spanien zurückgezogen hatte,^[30] sah sich der Konzern im Recht, Schadensersatz für die veränderten Investitionsrahmenbedingungen zu verlangen. [LobbyControl kritisiert](#) dieses Vorgehen, besonders vor dem Hintergrund einer möglichen Implementierung privater Schiedsgerichtsverfahren im geplanten [TTIP-Abkommen](#).

Lobbyisten in Ministerien

- [Lobbyist im Auswärtigen Amt](#)

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die Holding des Konzerns ist die E.ON SE (die E.ON AG ist am 15. November 2012 in die E.ON SE umgewandelt worden)

Der Vorstand

- [Johannes Teyssen](#) (Vorstandsvorsitzender)
- Leonhard Birnbaum; ehemaliges Mitglied des Vorstands bei [RWE](#)
- Thomas König
- Marc Spieker
- Karsten Wildberger

Quelle:^[31], Stand: März 2020

Lobbyisten

Leiter Public Affairs & Communication bei Innogy ist Alexander Stechert-Mayerhöfer, der an das Vorstandsmitglied Leonhard Birnbaum berichtet.^[32]

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Hintergrund: Die vier AKW-Betreiber in Deutschland](#) diepresse vom 30.05.2011, abgerufen am 02.03.2018
2. ↑ [Eon gibt Atomenergie, Kohle und Gas auf](#) Süddeutsche Zeitung vom 01.12.2014, abgerufen am 18.08.2015
3. ↑ [EON im Fokus: Ein Übergangsjahr für Deutschlands größten Stromversorger](#), finanznachrichten.de vom 27.11.2019, abgerufen am 02.03.2020
4. ↑ [Geplante Übernahme von Innogy](#), Pressemitteilung vom 16.01.2020, abgerufen am 02.03.2020
5. ↑ [Offene Türen für Kohlelobbyisten](#) Kontext vom 04.12.2013, abgerufen am 18.08.2015
6. ↑ [Offene Türen für Kohle-Fans](#) Die Tageszeitung vom 10.09.2014, abgerufen am 18.08.2015
7. ↑ [Die Atomlobby unterwandert Universitäten](#) Frankfurter Rundschau vom 02.11.2011, abgerufen am 07.11.2011
8. ↑ [EU-Lobbyregister, E.ON SE](#), Stand: 02.03.2018
9. ↑ [Energie und Macht](#), Berliner Zeitung vom 03.07.2007, abgerufen am 14.08.2015
10. ↑ ["Die Frage war: ich oder sie?"](#), Deutschlandradio Kultur vom 10.06.2011, abgerufen am 14.08.2015
11. ↑ [Früherer E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten](#), Deutsche Umwelthilfe Dezember 2009, abgerufen am 17.08.2015>
12. ↑ ["Den Bock zum Gärtner gemacht"](#), Frankfurter Rundschau vom 01.12.2009, abgerufen am 17.08.2015
13. ↑ [Merks Altlast](#), Frankfurter Rundschau vom 12.09.2012, abgerufen am 17.08.2015
14. ↑ [Kritische Beamte stillgelegt](#), Tageszeitung vom 08.03.2015, abgerufen am 17.08.2015
15. ↑ [„Ich bin nicht befangen, aber...“](#), Focus Magazin vom 25.02.2002, abgerufen am 13.08.2015
16. ↑ [Werner Müller bezog als Minister Eon-Rente](#), Berliner zeitung vom 18.01.2005, abgerufen am 13.08.2015
17. ↑ [Overhaus berät die RAG](#), Handelsblatt vom 25.10.2004, abgerufen am 14.08.2015
18. ↑ [Wer lenkt die Lobbyisten?](#), PR Magazin 07/2011, abgerufen am 13.08.2015
19. ↑ [Die Geheimpapiere der Atomlobby](#) Die Tageszeitung vom 28.10.2011, abgerufen am 14.08.2015
20. ↑ [Kernenergie: Wie die Atomlobby den Ausstieg vom Ausstieg vorbereiten ließ](#) Spiegel Online vom 29.10.2011, abgerufen am 14.08.2015
21. ↑ [Der ehrbare Professor](#), Die Tageszeitung vom 28.10.2011, abgerufen am 14.08.2015
22. ↑ ["Energiepolitischer Appell": BDI verpasst Merkel den Denkkzettel](#), Spiegel Online vom 20.08.2010, abgerufen am 17.08.2015

23. ↑ [Die Energieriesen wollen die Regierung erpressen](#), Die Welt vom 15.08.10, abgerufen am 17.08.2015
24. ↑ [Atomabkommen verärgert Korruptionswächter](#), Zeit Online vom 10.09.2010, abgerufen am 17.08.2015
25. ↑ [Revolution mit geheimen Absprachen](#), Zeit Online vom 09.09.2010, abgerufen am 17.08.2015
26. ↑ [Wichtige Energiestudie: Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe](#) Spiegel Online vom 27.08.2010, abgerufen am 18.08.2015
27. ↑ [Kanzleramt weiß seit Februar vom Thema Atom-«Bad Bank»](#) , Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2014, abgerufen am 17.08.2015
28. ↑ [Müller schlägt AKW-Stiftung für Entsorgung vor](#), WirtschaftsWoche vom 30.05.2015, abgerufen am 17.08.2015
29. ↑ [ICSID Case Details](#), zuletzt abgerufen am 17.08.2015
30. ↑ [Warum Eon nun seine Töchter verkauft](#) Handelsblatt vom 28.11.2014, abgerufen am 17.08.2015
31. ↑ [E.ON-Webseite-Vorstand](#) abgerufen am 02.03.2020
32. ↑ [Stechert-Mayerhöfer leitet Public Affairs bei Innogy](#), politik-kommunikation.de vom 24.10.2019, abgerufen am 02.03.2020

Jonathan Hill

Jonathan Hopkin Hill (*24. Juli 1960 in London) war 2014 bis Juni 2016 Finanzkommissar der **EU-Kommission**. Nach der Entscheidung Großbritanniens für den Brexit trat er von dieser Position zurück. Mit der Ernennung von Hill zum Finanzkommissar wurde ein Banken-Lobbyist für die Finanzmarktregulierung zuständig. Hill war Mitbegründer und Geschäftsführer der Politikberatungsfirma **Quiller Consultants**, zu deren Kunden Unternehmen aus der Finanzbranche gehören. Nach seinem Wirken bei der **EU-Kommission** wechselte er zurück in die Finanzbranche, u.a. als Berater für **Deloitte** und **Freshfields Bruckhaus Deringer**.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	29
2 Fallstudien und Kritik	30
2.1 Ab 2017: Seitenwechsel	30
2.2 2015: Hills Lobbytreffen	31
2.3 2014: Lobbyist Hill wird Finanzmarktregulierer	31
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
4 Einzelnachweise	32

Karriere

- seit 2018 Berater bei der Schweizer Bank **UBS**, Aviva, Iberdola und **Deloitte**^[1]
- seit 2017 Berater bei **Freshfields Bruckhaus Deringer**^[2] und Direktor bei der "Times"^[1]
- 11/2014-06/2016 **EU-Kommissar für Finanzmarktstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte.**^[3]
- 2013-2014 Leader des House of Lords, Vorsitzender der Konservativen im House of Lords und Chancellor of the Duchy of Lancaster (Minister ohne Geschäftsbereich)
- 2010-2013 Parlamentarischer Unterstaatssekretär im Bildungsministerium
- 2006 Verkauf von Quiller an die **Huntsworth plc** und im Gegenzug Beteiligung an Huntsworth

- 1998-2010 (Mit-)Gründung und Direktor der PR-Agentur [Quiller Consultants](#)
- 1994-1998 Leitender Berater der [Bell Pottinger Communications](#) (frühere Bezeichnung: Bell Communications)
- 1992-1994 Persönlicher Mitarbeiter von Premierminister [John Major](#)
- 1991-1992 Mitarbeiter im Politischen Stab von Premierminister John Major
- 1989-1991 Lowe Bell Communications
- Studium der Geschichte am Trinity College in Cambridge

Quelle: ^[4]

Fallstudien und Kritik

Ab 2017: [Seitenwechsel](#)

Nachdem Jonathan Hill bereits 2014 durch seinen Amtsantritt als Finanzmarktkommissar die Seiten zwischen Politik und Wirtschaft wechselte, ging er 2017 mit seiner Tätigkeit als Berater bei diversen Unternehmen ein zweites Mal durch die Drehtür:

Seit 2017 ist Hill als Berater bei [Freshfields Bruckhaus Deringer](#) – eine der größten Wirtschaftskanzleien weltweit – und als Direktor bei der Tageszeitung Times tätig. Zusätzlich arbeitet er seit Anfang 2018 als Berater für die Schweizer Bank [UBS](#), dem Versicherer [Aviva](#), der spanischen Energiefirma [Iberdola](#) und dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen [Deloitte](#).^[5]

Zwar ist Hills Karenzzeit abgelaufen. Doch erst im März hat die europäische Bürgerbeauftragte [Emily O'Reilly](#) festgestellt, dass die Pflicht der EU-Kommissare, „bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit (dem Amt als Kommissar/in, Anm. d. Verf.) ehrenhaft und zurückhaltend zu sein“ (Art. 245 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ^[6] keiner zeitlichen Begrenzung unterliegen. Corporate Europe Observatory (CEO) hatte den Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in einem Brief aufgefordert, mögliche Interessenkonflikte zu prüfen.^[7]

Die Stelle als Berater bei [Freshfields](#) trat Hill bereits 7 Monate nach seiner Zeit als EU-Kommissar an. Der [Ethik-Ausschuss der EU-Kommission](#) sah darin einen Interessenkonflikt und stimmte der Tätigkeit nur unter bestimmten Bedingungen zu: Hill solle demnach die Beratung der Finanzdienstleistungskunden [Freshfields Bruckhaus Deringer](#) innerhalb der folgenden 18 Monate unterlassen. Auch Beratungen Freshfields selbst oder Kunden der nicht-finanziellen Dienstleistungen Freshfields zu Themen, die sich auf den finanziellen Dienstleistungssektor beziehen, sind von seiner Tätigkeit für den genannten Zeitraum ausgenommen. Des Weiteren dürfe er keine Lobbyarbeit für Freshfields oder dessen Kunden bei der EU-Kommission betreiben.^[8]

Auch seine Tätigkeiten bei [Deloitte](#) sind – insbesondere vor dem Hintergrund einer von CEO publizierten Studie zu den „Big Four“ - kritisch zu hinterfragen: So beraten die sogenannten „Big Four“ - zu denen auch [Deloitte](#) gehört – die EU-Kommission in Steuerfragen, obwohl sie selbst zu den größten Profiteuren der Steuervermeidung gehören.^[9] Hill selbst sagte zu den Vorwürfen bezüglich eines Interessenkonfliktes „he has at all times followed the rules set out by the commission and has chosen to work rather than receive generous allowances from the EU taxpayer“.^[5]

Seit Februar 2018 ist die Karenzzeit für EU-Kommissare auf 24 Monate ausgeweitet worden.^[10] Hill unterschrieb seine diversen Tätigkeiten als Berater bereits vor Februar und ist somit nicht mehr davon betroffen.

Die Schweizer Bank **UBS** berät Hill nun zu Brexit-Themen.

2015: Hills Lobbytreffen

64 von 77 (83%) von Hills Lobbytreffen fanden mit Vertretern der Finanzbranche (Banken, Versicherungen, Bankenverbänden, Lobbyverbänden der Finanzindustrie) statt (Zeitraum: November 2014 - Juli 2015). Die häufigsten Treffen hatte er mit dem britischen Börsenunternehmen **London Stock Exchange** und dem Europäischen Bankenverband **European Banking Federation** (EBF). 4% von Hills Treffen fanden mit der Zivilgesellschaft statt. Dies ist auf der Webseite der **EU-Kommission** abrufbar.^[11]

Konkret äußert sich diese Nähe zur Finanzindustrie beispielsweise in Hills Versuch, Finanzmarktregulierungen wie die *Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID 2)* zu verwässern, die sein Vorgänger als Lehre aus der Weltfinanzkrise eingeführt hatte. Gegenüber der Financial Times ließt er in diesem Zusammenhang verlauten, dass Regulierer offener für die Anliegen der Finanzindustrie sein sollten.^[12]

2014: Lobbyist Hill wird Finanzmarktregulierer

Mit der Ernennung von Hill wird ein Lobbyist für die zentralen Themen der Finanzmarktregulierung zuständig.

Nach seiner Tätigkeit im Stab von Premierminister Major wurde Hill im Jahre 1994 leitender Berater bei der Agentur **Bell Pottinger Communications**, die laut ihrer am 14.09.2014 abgerufenen Website ihre Kunden u.a. darin berät, wie politische und regulatorische Entscheidungen beeinflusst werden können.

1998 gründete Hill das Politikberatungsunternehmens **Quiller Consultants**, zu dessen Kunden auch Akteure aus der Finanzbranche wie die **HSCB** Bank und die **City of London** Corporation gehören.^{[13][14]} Bei Quiller war er bis 2010 Geschäftsführer. Auf seiner am 13. September 2014 abgerufenen Website preist Quiller seine politischen Kontakte wie folgt an:

"We can offer our clients targeted insight into the political world in Westminster, Brussels and the devolved assemblies, as well as help them to manage relations with the political media."

Quiller ist 2006 an die Huntsworth Gruppe verkauft worden, deren Holding die **Huntsworth plc** ist.^[15] Im Rahmen dieser Transaktion wurde Hill Anteilseigner der Huntsworth plc.^[16] Über die Höhe seiner Beteiligung an Huntsworth verweigert er jegliche Auskunft.^[17] Im Register of Interests des britischen Parlaments ist Hill immer noch als Gesellschafter von Huntsworth eingetragen^[18] (Stand: 3. Oktober 2014). Bei der Anhörung im Europäischen Parlament am 1. Oktober 2014 erklärte Hill, er habe alle Anteile verkauft.^[19] Zur Huntsworth Gruppe gehören PR-Agenturen, die auch Lobbyarbeit - u.a. für **HSCB** Bank, die Vereinigten Arabischen Emirate, British Land und Telefonica - betreiben.^[20] Das Huntsworth-Unternehmen Citygate wirbt damit, einige der weltweit größten Finanz-Institutionen, Banken und Vermögensverwalter zu beraten.^[21] Als Beispiele werden **JPMorgan** Asset Management und die Londoner Börse genannt, die gegen strengere EU-Finanzmarktgesetze kämpft.^[22]

In der ersten Anhörung im Europa-Parlament wurde Hills Berufung abgelehnt^[23] und erst nach weiteren kritischen Nachfragen bestätigt.

Für die Benennung von Hill scheint vor allem seine Tätigkeit als Lobbyist den Ausschlag gegeben zu haben. Eine spezifische Qualifikation für das Amt des Finanzmarktkommissars bringt der gelernte Historiker nicht mit.^[24] Von der Finanzlobby - wie der [City of London Corporation](#)^[25], die zu den Kunden von Quillers gehört - , wurde die geplante Ernennung des Bocks zum Gärtner begeistert gefeiert.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ ^{1,01,1} [Lord Hill of Oareford](#) Britisches Parlament, Webseite abgerufen am 23.07.2018
- ↑ [Britisches Ex-Mitglied darf in Wirtschaft wechseln](#) Handelsblatt vom 29.03.2017, abgerufen am 30.03.2017
- ↑ [Neuer britischer EU-Kommissar soll sich um Sicherheit kümmern](#) Handelsblatt vom 02.08.2016, abgerufen am 01.12.2016
- ↑ [Biography bei Debretts unter People of Today](#), Webseite abgerufen am 12.09.2014
- ↑ ^{5,05,1} [Call for inquiry into ex-EU commissioner's jobs with six firms](#), The Guardian vom 19.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [Recommendations of the European Ombudsman in the joint inquiry into complaints 194/2017/EA, 334/2017/EA, and 543/2017/EA on the European Commission's handling of post-mandate employment of former Commissioners, a former Commission President and the role of its 'Ethics Committee'](#), Die Europäische Ombudsfrau vom 06.03.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [RevolvingDoorWatch: Jonathan Hill](#), Corporate Europe Observatory vom 19.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [Commission clears post-mandate activities for former Commissioner Jonathan Hill, subject to conditions](#), Europäische Kommission vom 29.03.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [Accounting for influence](#), Corporate Europe Observatory vom 10.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [Hill's UBS move confirms EU's 'revolving door' problem](#), EU Observer vom 24.07.2018, abgerufen am 31.07.2018
- ↑ [Hill und Canete: Umstrittene EU-Kommissare auf dem Prüfstand!](#) LobbyControl, abgerufen am 08.07.2015
- ↑ [Brexit would make UK a 'supplicant', says Lord Hill](#), Financial Times, vom 27.11.2015, abgerufen am 16.12.2015
- ↑ [Kommentar von Sven Giegold, EU-Abgeordneter der Grünen vom 10. September 2014 auf seiner Webseite](#), abgerufen am 12.09.2014
- ↑ [Appc Register for 1st March 2014 - 31st May 2014](#), abgerufen am 13.09.2014
- ↑ [Lord Hill faces 'conflict of interest' claim over shares](#), The Telegraph online vom 11. Januar 2013, abgerufen am 13.09.2014
- ↑ [Profil auf www.parliament.uk](#), abgerufen am 12.09.2014
- ↑ [Lord Hill faces 'conflict of interest' claim over shares](#), The Telegraph online vom 11. Januar 2013, abgerufen am 13.09.2014
- ↑ [Profil auf www.parliament.uk](#)

19. ↑ [Der höfliche Herr Hill muss nachsitzen](#), Süddeutsche Zeitung online vom 01.10.2014, abgerufen am 03.10.2014
20. ↑ [Rowena Mason: Lord Hill, the former lobbyist pitching for the Tories in Europe](#), The Guardian online vom 15. Juli 2014, abgerufen am 12.09.2014
21. ↑ [Profil von Citigate auf der Website von Huntsworth](#), abgerufen am 16.09.2014
22. ↑ [Claus Hecking: Neues Personal in Brüssel: EU-Abgeordnete prangen Junckers Kommissare an](#), Spiegel online vom 11. September 2014, abgerufen am 16.09.2014
23. ↑ [Designierter EU-Finanzkommissar Hill: Mr. Lobby muss nachsitzen](#), Spiegel Online, 1. Oktober 2014, zuletzt aufgerufen am 22.7.2015
24. ↑ [Werner Mussler: Jonathan Hill Der überraschendste Kommissar](#), FAZ oline vom 10. September 2014, abgerufen am 12.09.2014
25. ↑ [The medieval, unaccountable Corporation of London is ripe for protest](#), The Guardian online vom 31. Oktober 2011, abgerufen am 14.09.2014
26. ↑ [City welcomes Lord Hill´s Commission Role](#), Webseite City of London, abgerufen am 12.09. 2014

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. **Sigmar Gabriel**, ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt **Friedrich Merz** diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	1952
Hauptsitz	Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	atlantik-bruecke.org

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	34
1.1 Netzwerk der Mitglieder	34
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	34
2 Fallstudien und Kritik	34
3 Organisationsstruktur und Personal	35
3.1 Geschäftsführender Vorstand	35
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	36
3.3 International Advisory Council	37
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	38
4 Kurzdarstellung und Geschichte	38
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	38
6 Einzelnachweise	38

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchener Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten **Liste von Mitgliedern** waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder.^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der **Linkspartei** um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident **Jens Weidmann**^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, **Mathias Döpfner**^[10], Bundesinnenminister **Thomas de Maizière**^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist **Eckart von Klaeden**^[12], die CDU-Politikerin **Julia Klöckner**^[13] und der Grünen-Politiker **Cem Özdemir**^{[14][15][16]} Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens **Transatlantic Trade and Investment Partnership** (TTIP)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Funktion	Name	Verbindungen
Vorsitzender	Sigmar Gabriel	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender • Trilaterale Kommission und European Council on Foreign Relations, Mitglied • Deutsche Bank, Aufsichtsrat • <i>International Crisis Group</i>, Kuratoriumsmitglied • [[Deloitte], Beiratsmitglied • 'Eurasia Group, <i>Politikberater</i> • Autor für die Holtzbrinck-Medien <i>Handelsblatt</i>, <i>Der Tagesspiegel</i>, <i>Die Zeit</i>
Stellv. Vorsitzender	Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Direktor
Stellv. Vorsitzender	Norbert Röttgen	<ul style="list-style-type: none"> • CDU, Mitglied des Bundestages • ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)
Schatzmeister	Andreas Dombret	<ul style="list-style-type: none"> • Oliver Wyman, New York, Global Senior Advisor • Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands
Geschäftsführer	David Deißner	
	Kai Diekmann	<ul style="list-style-type: none"> • Storymachine GmbH, Mit-Gründer • Axel Springer SE, ehem. Chefredakteur von BILD
	Eveline Metzen	<ul style="list-style-type: none"> • American Chamber of Commerce in Germany e.V., General Manager
	James von Moltke	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bank, Konzern-CFO
	Reiner Hoffmann	<ul style="list-style-type: none"> • Deutscher Gewerkschaftsbund, Vorsitzender
	Julie Teigland	<ul style="list-style-type: none"> • Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Managerin und Leitung der der Region EMEIA (Europa, Mittlerer Osten, Indien und Afrika)
	Wolfgang	<ul style="list-style-type: none"> • Münchner Sicherheitskonferenz, Vorsitzender • Allianz SE, Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen

- Ischinger**
- [Trilaterale Kommission](#), Mitglied
- Anahita Thoms
- Baker & McKenzie, Partnerin, Leitung der außenwirtschaftlichen Praxis
 - American Bar Association, Co-Vorsitzende
 - EMEA Steering Committee for Compliance & Investigations, Mitglied
 - Initiative United Against Modern Slavery, Mitbegründerin

- Alexander Graf Lambsdorff
- [FDP](#), Mitglied des Europäischen Parlaments
 - [Transatlantic Policy Network](#), Mitglied

- Friederike von Tiesenhausen
- Sprecherin des Bundesfinanzministeriums
 - Bloomberg LP, Global Head of Public Affairs

Weitere Mitglieder des Vorstands
 Angelika Gifford, Christian Lange, Omid Nouripour, Karsten Uhlmann, Nagila Warburg, Michael Werz, Ute Wolf

(Stand: April 2020) Quelle: ^[18]

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

- Vorsitzender [Friedrich Merz](#)
- Stellv. Vorsitzender [Andreas Dombret](#) [Deutsche Bundesbank](#), ehem. Mitglied des Vorstands
- Mitglied des Vorstands David Deißner [Geschäftsführer der Atlantik-Brücke](#)

Kuratorium der Stiftung

Atlantik-Brücke

- Vorsitzender Max M. Warburg [M.M. Warburg & Co.](#), Partner
- Stellv. Vorsitzender [Arend Oetker](#)
- Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
 - Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DGAP\)](#)
- [Roland Berger](#)
- Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
 - Mitglied des Präsidiums der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DGAP\)](#)
- Jürgen H.

Vorstand der Stiftung Atlantik-Brücke

Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
Jürgen R. Großmann	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE • RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
Axel Hörger	UBS Deutschland AG, Vorsitzender des Vorstands
Hans-Ulrich Klose	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) • Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats
Thomas Rodermann	<ul style="list-style-type: none"> • Merck Finck, Vorstandsvorsitzender • ehem. Chef der UBS Deutschland AG (bis 2019)
Lutz Raettig	<ul style="list-style-type: none"> • Morgan Stanley, Vorsitzender des Aufsichtsrats • Bundesverband Deutscher Banken, Mitglied des Vorstands
Peter Wittig	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

(Stand: April 2020) Quelle: ^[19]

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- [Roland Berger](#), Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des [Atlantic Council](#) of the United States, Washington, DC
- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- [Arend Oetker](#), Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, [Bayer](#) AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle: ^[20]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Luer Wotjekx

(Stand: April 2020) Quelle: ^[21]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet.^[22] Als Schwesterorganisation wurde der **American Council on Germany** (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm".^[23]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ [Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ [Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010](#), Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020
6. ↑ [Gysi stellt sich vor Liebich](#), Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ [Mächtige Allianz](#), manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016

13. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ [Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ [Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ [American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation](#), acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ [Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ [Gremien der Atlantik-Brücke e.V.](#) abgerufen am 23.04.2020
19. ↑ [Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke](#) Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
20. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council](#) abgerufen am 24.04.2020
21. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
22. ↑ [Jahresbericht 2012](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
23. ↑ [American-German Young Leaders Conference](#), Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

European Parliamentary Financial Services Forum

Das **European Parliamentary Financial Services Forum** (EPFSF) ist eine nicht registrierte **Intergroup**, die sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft zusammensetzt. Über das von der Finanzwirtschaft betriebene Forum werden Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft von EU-Parlamentariern organisiert, auf denen Lobbyisten die Gelegenheit erhalten, Mitgliedern des Parlaments und der EU-Kommission ihre Sicht der Finanzmarktregulierung darzulegen.

European Parliamentary Financial Services Forum



Rechtsform	Association sans but lucratif (asbl)
Tätigkeitsbereich	Wirtschaft und Finanzen, Europäischer Binnenmarkt
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Rue Montoyer 10, Brussels 1000
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rond Point Schuman 2-4, 1040 Brussels
Webadresse	www.epfsf.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	40
2 Einnahmen und Lobbyausgaben	40
2.1 Finanzen	40
2.2 Lobbyausgaben	40

3 Organisationsstruktur und Personal	41
3.1 Vorsitzende	41
3.2 Mitglieder der Finanzwirtschaft ("Financial Industry Members")	41
3.3 "Financial Industry Committee"	42
3.4 Steuerungsgruppe ("Steering Committee")	42
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
5 Einzelnachweise	43

Kurzdarstellung

Die von der europäischen Finanzwirtschaft unter Einschaltung des Lobbyisten John Houston^{[1][2]} gegründete und finanzierte Organisation ist eine Plattform für den Meinungs­austausch zwischen Angehörigen europäischer Institutionen und Vertretern der Finanzwirtschaft. Gegen die Zahlung eines Jahresmitgliedsbeitrags in Höhe von 8.000 Euro (2014) oder eines Beitrags von 200 Euro pro Veranstaltung erhalten die Vertreter der Wirtschaft im Rahmen eineinhalbstündiger Veranstaltungen Zugang zu EU-Parlamentariern, die mit finanzwirtschaftlichen Themen befasst sind.

Bei den Veranstaltungen, die in den Räumen des Europäischen Parlaments stattfinden, handelt es sich um "lunch events", "breakfast events", Fortbildungen für die Assistenten von EU-Parlamentariern und Sonderveranstaltungen. Teilnehmer sind neben EU-Parlamentariern auch Gastredner der Finanzwirtschaft und Vertreter der EU-Kommission. Dies verschafft den Lobbyisten der Mitgliedsunternehmen und -verbände privilegierte Informations- und Einflussmöglichkeiten im Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte. Auch erhält ihre Tätigkeit über die Einbindung von EU-Abgeordneten einen offiziellen Anstrich.

Ein Beispiel für eine Sonderveranstaltung ist der "Joint Networking Cocktail Event" vom 2. September 2009 mit dem damaligen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso als Gastredner (Mitveranstalter: [European Internet Foundation](#) und [Forum for the Automobile and Society](#))^[3]

Einnahmen und Lobbyausgaben

Finanzen

Das Gesamtbudget des EPFSF betrug für das Geschäftsjahr 2017 418.800 Euro. Der ganz überwiegende Teil von 416.000 Euro wurde durch Mitgliedsbeiträge à 8.000 pro Person finanziert. Darüber hinaus wurden 2.000 Euro über Zinsen und 800 Euro über Teilnahmegebühren von Nicht-Mitgliedern erwirtschaftet. Letztere werden als Pauschale von 200 Euro bei von dem Forum organisierten Treffen erhoben.

Lobbyausgaben

Ausgaben für Lobbytätigkeit : 300.000 - 400.000€

Zahl der akkreditierten Lobbyisten : 4

Zahl der Lobbyisten (Vollzeitäquivalent): 2,5

Quelle: ^[4]

Stand: März 2018

Organisationsstruktur und Personal

Vorsitzende

- **Burkhard Balz**, Vorsitzender der Steuerungsgruppe ("Steering Committee")
 - Mitglied des Europäischen Parlaments (EPP/CDU) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung
 - bis Juli 2009 Abteilungsdirektor bei der [Commerzbank](#)
 - Mitglied im Aufsichtsrats der Beteiligungsgesellschaft Apaton Capital AG
 - Mitglied des Beirats: Verband der Sparda-Banken, ARAG SE und Proplant GmbH
 - Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - Mitglied der [Atlantik-Brücke](#)
 - Mitglied der [Kangaroo Group](#)
- **Peter de Proft**, Vorsitzender des EPFSF Financial Industry Committee
 - Generaldirektor der [European Fund and Asset Management Association](#) (EFAMA) (Vereinigung der Fonds- und Vermögensverwalter-Gesellschaften in der EU)
 - Stellv. Vorsitzender der Gruppe der Interessenvertreter ("Securities and Markets Stakeholder Group", SMSG) bei der [Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde](#) (ESMA)

Mitglieder der Finanzwirtschaft ("Financial Industry Members")

Bei den 52 Mitgliedern handelt es sich um Unternehmen und Verbände der europäischen Finanzwirtschaft. Sie entrichten einen Jahresbeitrag von 8.000 Euro (2014). Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Vorsitzender:

- **Peter de Proft**, Co-Vorsitzender des EPFSF
 - Generaldirektor der [European Fund and Asset Management Association](#) (EFAMA) (Vereinigung der Fonds- und Vermögensverwalter-Gesellschaften in der EU)
 - Stellv. Vorsitzender der Gruppe der Interessenvertreter ("Securities and Markets Stakeholder Group", SMSG) bei der [Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde](#) (ESMA)

Zu den weiteren Mitgliedern gehören u.a.:

- Nina Schindler, Leitung der EU-Repräsentanz [Deutsche Bank](#)
- Wim Mijs, Chief Executive [European Banking Federation](#)
- Marcel Roy, Generalsekretär [European Association of Public Banks](#)
- Alexander Privitera, [Commerzbank](#)
- Helen McDonald, [Deloitte](#)
- Chris De Noose, [European Savings Banks Group](#)
- Martijn Vliegthart, [Goldman Sachs International](#)
- Richard Kaye, [JP Morgan](#)
- Jon Hogan, [KPMG](#)
- Burkhard Eckes, [PricewaterhouseCoopers](#)
- Thomas Pohl, [UBS](#)

"Financial Industry Committee"

Das "Financial Industry Committee" setzt sich aus repräsentativen Vertretern der EU-Finanzwirtschaft zusammen. Es macht Vorschläge für das Programm der Veranstaltungen, stellt Referenten, hilft beim Erstellen von "briefing papers" und setzt die Mitgliedsbeiträge fest. Die Mitglieder wählen auch das "Administrative Committee", das sich um die Verwaltung kümmert.

Steuerungsgruppe ("Steering Committee")

In der Steuerungsgruppe sind die Mitglieder des Europäischen Parlaments organisiert. Sie sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

Vorsitzender:

- **Burkhard Balz**, Co-Vorsitzender des EPFSF
 - Mitglied des Europäischen Parlaments (EPP/CDU) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung
 - bis Juli 2009 Abteilungsdirektor bei der [Commerzbank](#)
 - Mitglied im Aufsichtsrats der Beteiligungsgesellschaft Apaton Capital AG
 - Mitglied des Beirats: Verband der Sparda-Banken, ARAG SE und Proplant GmbH
 - Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - Mitglied der [Atlantik-Brücke](#)
 - Mitglied der [Kangaroo Group](#)

Vize-Vorsitzende:

- Kay Swinburne (ECR/Conservative Party)

Zu den deutschen Mitgliedern gehören:

- **Monika Hohlmeier**, EPP/CSU
 - Vorsitzende der Intergroup [Sky and Space](#)
 - Mitglied der [German European Security Association](#)
- **Andreas Schwab**, EPP/CSU
- **Beatrix von Storch**, Europe of Freedom and Direct Democracy Group/AfD
- **Michael Theurer**, ALDE/FDP
- **Godelieve Quisthoudt-Rowohl**, EPP/CDU

Stand: März 2018

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Lobbying under the radar](#) Corporate Europe Observatory, 24. Mai 2011, zuletzt abgerufen am 15.7.2016
2. ↑ [Speaker Biographies, The 10th Annual European Financial Services Conference](#), Webseite abgerufen am 05. 01. 2014
3. ↑ [Networking Cocktail](#), Webseite epfs, abgerufen am 03. 01. 2015
4. ↑ [EPFSF Eintrag Transparenz Register des EU Parlaments](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.03.2018

Bruegel

Bruegel (Brussels European and Global Economic Laboratory) ist eine Denkfabrik, die von Großkonzernen sowie von Regierungen und Zentralbanken/staatlichen Finanzinstituten mehrerer EU-Länder getragen wird. Bruegel beschäftigt sich mit der Erarbeitung von Konzepten zur internationalen - insbesondere europäischen - Wirtschaftspolitik. Die Mitwirkung in Bruegel bietet für die beteiligten Konzernvertreter darüber hinaus die Möglichkeit, Regierungsvertreter im Sinne ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für marktmächtige Unternehmen informell zu beeinflussen.

Bruegel

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform AISBL, internationale Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht nach belgischem Recht

Tätigkeitsbereich Denkfabrik und Lobbyorganisation

Gründungsdatum 2004

Hauptsitz Rue de la Charité 33, 1210 Brussels /Belgien

Lobbybüro

Lobbybüro EU <text>

Webadresse www.bruegel.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	44
2 Organisationsstruktur und Personal	44
2.1 Mitglieder	44
2.2 Direktor	44
2.3 Board/ Verwaltungsrat	45
2.4 Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council	45
2.5 Verbindungen	45
3 Finanzen	46
4 Lobbystrategien und Einfluss	46
5 Fallstudien und Kritik	46
6 Weiterführende Informationen	46
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	46

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Idee, eine Denkfabrik unter Beteiligung von Großkonzernen, Regierungen von EU-Mitgliedstaaten und Institutionen von EU-Mitgliedstaaten (Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) zu gründen, entstand Ende 2002 im Rahmen von privaten Treffen von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmensführern. Die Idee wurde dann von den Regierungen Schröder und Chirac aufgegriffen und fand Eingang in die gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 2003, die unter Punkt 30 eine europäische Initiative mit dem Ziel, ein Europäisches Zentrum für Internationale Wirtschaft zu schaffen, vorsieht. Eine Projektgruppe erarbeitete in der Folge mit Unterstützung durch französische und deutsche Ministerien ein Konzept. Im Dezember 2004 wurde von Vertretern von 12 europäischen Regierungen und 17 führenden europäischen Konzernen der erste Verwaltungsrat gewählt und eine Anschubfinanzierung in Höhe von 5 Millionen Euro beschlossen.

Quelle: ^[1]

2012 waren 17 Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten, 24 international tätige Konzerne und 6 Institutionen (europäische Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) Mitglieder von Bruegel.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Regierungen:

- Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Polen, Slowakei, Spanien, Niederlande, Schweden, Großbritannien

Unternehmen:

- Zu den 24 Unternehmen gehören u.a.: [Deutsche Bank](#), [Deutsche Telekom](#), [Goldman Sachs](#), [Google](#), [ebay](#), [Microsoft](#), [Morgan Stanley](#), [Shell](#), [Standard & Poor´s](#) und die [UBS](#)

Institutionen:

- Banque de France (französische Zentralbank), Groupe Caisse des Depots, Danmarks Nationalbank (dänische Zentralbank), [European Bank for Reconstruction and Development](#) (EBRD, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), National Bank of Poland (polnische Zentralbank)

Quelle: ^[2]

Direktor

- Direktor von Bruegel ist [Guntram Wolff](#).^[3]

Board/ Verwaltungsrat

Jean-Claude Trichet
(Vorsitzender)

- [Europäische Zentralbank \(EZB\)](#), ehem. Präsident
- [Trilaterale Kommission](#), Vorsitzender der Europäischen Region

Wolfgang Franz

- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung \(SVR\)](#), ehem. Vorsitzender
- [Ernst & Young](#), Mitglied des Aufsichtsrats

Wolfgang Kopf

- [Deutsche Telekom AG](#), Leiter Politik und Regulierung, d.h. Cheflobbyist

Andreas Penk

- [Pfizer Germany](#), Vorsitzender des Vorstands

Weitere Mitglieder:

Carlos Egea, Anna Ekström, Iñigo Fernandez de Mesa, Jerzy Hausner, Vincenzo La Via, Rachel Lomax, J.A. (Hans) Vijlbrief

(Stand: Mai 2014) Quelle: ^[4]

Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council

- [Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen](#), Geschäftsführender Direktor
- [Kai A. Konrad](#), [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Vorsitzender
- [ECONWATCH](#), Mitglied des Kuratoriums

Weitere Mitglieder:

Giuseppe Bertola, Sergei Guriev, Philippe Martin, Kevin O'Rourke, Lucrezia Reichlin, Paul Seabright

(Stand: Mai 2014) Quelle: ^[5]

Verbindungen

Bruegel gehört zum [Transatlantic Policy Network \(TPN\)](#)

Finanzen

Laut Geschäftsbericht 2013 lag das Budget bei knapp 4 Mio. Euro. Bruegel finanziert sich hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge. Unternehmen zahlen einen Jahresbeitrag von 50.000 €. Die Beiträge der Regierungen sind abhängig von der jeweiligen Landesgröße. Nach eigenen Angaben trägt kein Mitglied mehr als 3-5% zum jährlichen Budget bei. Fast ein Viertel des Jahresbudgets (mehr als 800,000€) entfällt auf die Unternehmensbeiträge.

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder; erkennbare Konstanten, Einflusstategien; Abschätzung des Einflusses; Wichtigkeit des Akteurs

Bruegel gehört zu den einflussreichsten Think Tanks weltweit. Think Tank Watch benennt den Einfluss von Bruegel für das Jahr 2014 folgendermaßen:^[6]

- Platz 2 Top Think Tanks World Wide (Non-US)
- Platz 2 Top Think Tanks in Western Europe
- Platz 2 Top International Economic Policy Think Tanks
- Platz 3 Think Tanks with the Most Significant Impact on Public Policy

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [History and name](#), Website bruegel, abgerufen am 26. Mai 2013
2. ↑ [Webseite Bruegel - Membership](#) abgerufen am 25.05.2013
3. ↑ [Guntram B. Wolff Director](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 03.05.2014
4. ↑ [Bruegel board](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 03.05.2014
5. ↑ [Bruegel's Scientific Council](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 03.05.2014
6. ↑ [Think Tank Watch](#), abgerufen am 30.07.2014

Eurofi

Die im Jahr 2000 gegründete **Eurofi** ist eine Denkfabrik, die als Lobbyorganisation für große europäische Finanzdienstleister agiert. Sie nimmt insbesondere auf die Regulierung der Finanzmärkte Einfluss. Auf ihrer Webseite bezeichnet sich Eurofi als Plattform für den Austausch zwischen der Finanzdienstleistungsbranche und der EU und internationalen Behörden. Präsident von Eurofi ist **Jacques de Larosière**, der seit Jahren zwischen Finanzlobbygruppen und staatlichen Gremien hin und her wechselt. Die Organisation hat sich nicht in das Transparenz-Register der EU eintragen lassen (Stand: Januar 2015).

Eurofi

Rechtsform

Tätigkeit Denkfabrik und Lobbyorganisation
Sbereich großer europäischer Finanzdienstleister

Gründungsdatum 2000

Hauptsitz Rue de Miromesnil, 75008 Paris

Lobbybüro

Lobbybüro EU Rue Charles Martel 54, Brüssel

Webadresse www.eurofi.net

Inhaltsverzeichnis

1 Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung	47
2 Fallbeispiele und Kritik	48
2.1 Eurofi Financial Forum 2014	48
3 Organisationsstruktur und Personal	48
3.1 Mitglieder	48
3.2 Team	49
4 Finanzen	49
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
6 Einzelnachweise	49

Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung

Als Plattformen fungieren:

- Arbeitsgruppen, in denen Eurofi-Mitglieder und Vertreter von Regulierungsbehörden vertreten sind
- das "Eurofi Financial Forum", an dem Wirtschaftsführer und EU- und Nicht-EU-Entscheidungsträger auf dem Gebiet der Regulierung teilnehmen
- Seminare und Workshops, an denen Eurofi-Mitglieder und hochrangige Entscheidungsträger für die Regulierung teilnehmen (das Seminar 2014 ist z. B. mit der griechischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert worden; das Seminar 2011 ist mit der G20-Präsidentschaft organisiert worden, um Regulierungsthemen für die Agenda festzulegen)

Die Veranstaltungen verschaffen den Eurofi-Mitgliedern einen privilegierten Zugang zu wichtigen staatlichen Entscheidungsträgern und Vertretern von Aufsichtsbehörden und schaffen den organisatorischen Rahmen für informelle Netzwerke zwischen der Finanzwirtschaft und EU-Institutionen (Kommission, Parlament, Zentralbank und sonstige Einrichtungen).

Fallbeispiele und Kritik

Eurofi Financial Forum 2014

Am Beispiel des [Eurofi Financial Forum 2014](#) wird deutlich, wie bei den Veranstaltungen der Denkfabrik Gesprächspartner aus dem öffentlichen Bereich und der Finanzwirtschaft aufeinander treffen. Das Eurofi Financial Forum 2014 fand vom 10. - 12. September 2014 in Mailand unter dem Titel "Relaunching growth in the current EU economic and regulatory environment" statt.^[1]

Referenten bei der Arbeitsgruppe "Priorities regarding the regulation of the EU banking sector" (11. September, 8.45 - 10.30 Uhr) waren:^[1]

- [Andreas Dombret](#), Vorstandsmitglied [Deutsche Bundesbank](#)
- [Andrea Enria](#), Vorsitzender [Europäische Bankenaufsichtsbehörde](#)
- [Sylvie Goulard](#), Mitglied [Europäisches Parlaments](#) (Koordinatorin der Fraktion ALDE), Mitglied im [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) (ECON) des [Europäischen Parlaments](#)
- [Geert-Jan Koopman](#), Stellv. Generaldirektor für Staatshilfen, Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission
- [Sabine Lautenschläger](#), Direktoriumsmitglied [Europäische Zentralbank](#) (EZB)
- [Etienne Boris](#), Senior Partner [PricewaterhouseCoopers](#)
- [Martine Doyon](#), Managing Director, Head of Government Affairs EMEA, [Goldman Sachs](#) International
- [Jordi Gual](#), Chief Economist und Chief Strategy Officer, "La Caixa" Gruppe
- [Douglas Flint](#), Group Chairman, [HSCB](#) plc
- [Giovanni Sabatini](#), General Manager, Italian Banking Association
- [Karl-Peter Schackmann-Fallis](#), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#)
- [Koos Timmermann](#), Vice-Chairman, ING Gruppe

Sponsoren dieser Veranstaltung waren: [Axxa](#), [Bank of America Merrill Lynch](#), [BNP Parisbas](#), [Crédit Agricole](#), [JP Morgan Chase](#) ("Lead Sponsors"), [BlackRock](#), [NNY Mellon](#), [DTCC](#), [Goldman Sachs](#), [HSCB](#) ("Support Sponsors") und [Associazione Bancaria Italiana](#), [Borsa Italiana](#), [Generali](#), [Unicredit](#) ("Regional Partners").^[1]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder sind viele führende europäische Institutionen aus verschiedenen Bereichen der Finanzindustrie (Banken, Versicherungen, Handel mit Derivaten, Vermögensverwaltung, Dienstleister usw.).

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören z.B.: [Allianz](#), [Deutsche Bank](#), [Sparkassen-Finanzgruppe](#), [Goldman Sachs](#), [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#), [Moody's Investor Service](#), [NASDAQ](#), [UBS](#)

Team

- **Jacques de Larosière** (Präsident)^[2]
 - Präsident des **European Savings Institute** (OEE)
 - Vorsitzender des Strategieausschusses der **Agence France Trésor**
 - Vorsitzender des Beirats der Kapitalbeteiligungsgesellschaft MidEuropa Fund
 - frühere Tätigkeiten: langjähriger Berater der französischen Bank **BNP Parisbas**, Direktor des **IWF**, Präsident der Banque de France, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Vorsitzender der **Expertengruppe** "High Level Expert Group on EU Financial Supervision" (auch Larosière-Gruppe genannt)
- Jean-Jacques Bonnaud (Schatzmeister), ehemaliger Präsident des französischen Versicherungsunternehmens GAN

Koordinierung der Aktivitäten:

- Didier Cahen, Generalsekretär
- Jean-Maire Andrès, Senior Fellow
- Marc Truchet, Senior Fellow

Finanzen

Die Aktivitäten von Eurofi werden über Mitgliedsbeiträge und das Sponsoring von Veranstaltungen finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,11,2} [Programm der Konferenz](#), eurofi.net, abgerufen am 18.09.2015
2. ↑ [Profil auf der Webseite der EU-Kommission](#), abgerufen am 01. 01. 2015